Zugestellt durch Post.at

Ausgabe Juni 2012

Freie Rundschau Leoben

SPÖ verantwortlich für die Schließung des Freibades Donawitz

BM Konrad begründet das Ende des Bades mit fadenscheinigen Argumenten

Das Chaos mit dem Sperrmüll
Die Neuregelung der Sperrmüllabfuhr ist wenig kundenfreundlich..
Bericht Seite 3

Gemeindefusionen – aus der Sicht Leobens
BM Konrad wünscht sich eine geographische Missgeburt.
Bericht Seite 4

Rechnungshofbericht Asia Spa
Ein äußerst kritischer Prüfbericht zur Freizeiteinrichtung in der Au führt zu heftigen Diskussionen
Bericht Seite 5

Erzbergbahn vor dem Aus
Eine FPÖ Initiative zu Rettung der Erzbergbahn als touristisches Leitprojekt für die Region aber auch für Leoben wurde von SPÖ und ÖVP abgeschmettert.
Bericht Seite 6

Warum wurde das Bad nicht wie geplant am 5. Mai aufgesperrt?

In einer überfallsartig am selben Tag einberufenen Sitzung der Klubobleute der im Gemeinderat vertretenen Parteien verkündete Konrad mit dramatischen Worten, dass er das bei den Donawitzern so beliebte Bad aus Sicherheitsgründen nicht aufsperren dürfe. Dabei wedelte er mit einem Gutachter, dessen Verfasser er auch gleich zur Sitzung mitbrachte.

„Das Ergebnis dieses Gutachtens trifft natürlich nicht nur mich hart. Wir hatten selbstverständlich damit gerechnet, dass es im Bad

Donawitz die eine oder andere Reparatur wird geben müssen, dass es jetzt aber zu so einem vernichtenden Ergebnis gekommen ist, war nicht absehbar.

Wir haben im Budget 2012 selbstverständlich die notwendige Zuschusssumme für den laufenden Badebetrieb von EUR 147.400.- eingeplant gehabt, was jetzt

FPÖ Bezirksbüro Öffnungszeiten:

MO	08:00 - 12:00
DI	09:00 - 11:00
MI	17:00 - 19:00
DO	09:00 - 11:00
FR	17:00 - 19:00

Fortsetzung von „SPÖ verantwortlich für die Schließung des Freibades Donawitz“

allerdings für Summen auf den Tisch gekommen sind, erscheinen für eine gesicherte finanzielle Zukunft – auch einer finanzstarken – Stadt als nicht mehr vertretbar“, so Konrad scheinheilig.

Dann behauptete er noch kühn, dass Investitionen von EUR 600.000 notwendig wären um das Bad wieder betreiben zu können um das endgültige Aus mit den Worten zu besiegeln: „Es wäre unverantwortlich, wenn wir jetzt eine Investition von EUR 600.000.- für eine Badeanlage tätigen würden, die täglich von durchschnittlich maximal 115 Badegästen bei durchschnittlich 105 Betriebstagen pro Saison frequentiert wird“.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus:

- Die vielzitierte Chlorgasanlage ist in technisch einwandfreiem Zustand! Lediglich das Alarmierungssystem im Falle eines Gasaustritts entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und die Feuerwehrzufahrt müsste befestigt werden. Die Gesamtkosten zur Behebung wurden mit EUR 69.000 geschätzt. Im Gutachten heißt es dazu, diese Maßnahmen sollten ehe baldigst durchgeführt werden und nicht „müssen sofort“ erfolgen.

  Konrad hätte also das Bad wie geplant aufsperren können und die erforderliche Investition umgehend freigeben können!

- Die Erneuerung der Wasseraufbereitungsanlage um EUR 220.000 ist nicht sofort notwendig. Die Anlage ist zwar alt aber noch funktionstüchtig. Einzelne möglicherweise auftretende Defekte könnten im Bedarfsfall mit wesentlich weniger Geld behoben werden. Für eine komplette Erneuerung hätte man einen Zeitplan erarbeiten können, wobei die Mittel im Voranschlag für 2013 vorzusehen gewesen wären. (Auch die Erneuerung des Hallenbodens in der Sporthalle mit ungefähr denselben Kosten hat man im Stadtrat, ohne mit der Wimper zu zucken, beschlossen).

- Die weiteren EUR 310.000 um das Bad „auf einen zeitgemäßen Standard“ zu heben wären zwar nett sind aber Großteils gar nicht – zumindest aber nicht sofort erforderlich. Denn die Donawitzer sind zufrieden mit ihrem Bad – so wie es ist! Kein Mensch hat sich über die Parkplatzsituation beschwert, niemand hat sich über angeblich desolate Sanitäreinrichtungen aufgeregt, die Lebensmittelpolizei hat bisher keine Beanstandungen im Buffet gemeldet und auch der Zustand der Holzkabinen war bisher kein Aufreger.

- Fazit: BM Konrad hat nur einen Vorwand gesucht, um das Donawitzer Bad zuzusperren. Die Schließung war offensichtlich von langer Hand geplant. Dabei geht es ihm nicht nur um die Kosten für das Bad, sondern in 1. Linie auch, um eine erhoffte Frequenzsteigerung im Asia Spa. Schließlich hat auch der Rechnungshof diesbezügliche Maßnahmen verlangt.

CHAOTISCHE GEMEINDERATSSITZUNG ZUM FREIBAD DONAWITZ

Am 15. Mai fand auf Verlangen aller Oppositionsparteien ein Sitzung des Gemeinderates statt. Im Vorfeld zauberte BM Konrad eine Vereinslösung zum Erhalt des Bades aus dem Hut.

BM Konrad zerschlug gleich zu Sitzungsbeginn viel Porzellan.

Zuerst wollte er den Großteil der Zuhörer gar nicht in den Sitzungssaal lassen. Erst nach tumultartigen Szenen wurden zusätzliche Sessel bereitgestellt. Gleichsam als Eröffnungsstatement verlas Konrad den Brief eines treuen Parteigängers in dem die Proteste der Bürger mit den Anfängen der Schreckensherrschaft der Nazis verglichen wurden. Diese Ungeheuerlichkeit führte zu einem Proteststurm der Opposition und damit ist es unserem Bürgermeister in seiner bekannt undiplomatischen Art gelungen, das Gesprächsklima gleich zu Sitzungsbeginn zu vergiften.

Zahlreiche Anträge führten zu heftigen Debatten

Der, von allen Gemeinderäten der Opposition unterschriebene Antrag, mit dem Ziel, das Donawitzer Bad in der bisherigen Form weiter zu betreiben, wurde erwartungsgemäß von der SPÖ abgelehnt. Ein Antrag des Bürgermeisters einer Vereinslösung unter Federführung des Wirtschaftstreibenden Walter Ehtreiber zuzustimmen hatte eine längere Sitzungsunterbrechung für Einzelgespräche innerhalb der Fraktionen zur Folge. Dieser hat sich nämlich bereit erklärt das Bad um einen symbolischen EURO zu übernehmen und in Vereinsform zu betreiben. Die Stadt erklärte sich bereit, die dringendsten Kosten von EUR 69.000 zur Verfügung zu stellen und die Personalkasten im heurigen Jahr zu übernehmen.

Thomas Zöchling, GR Daniel Geiger und GR BR Gerd Krusche demonstrieren gegen Schließung des Bades

Die wesentlichen offenen Fragen waren:

- Wie kann man etwas an einen Verein verkaufen, den es noch gar nicht gibt?

• Wer soll diesem Verein angehören?

• Wie sollen die Finanzierung des Badebetriebes und allfällig notwendige Investitionen gesichert werden? Auch wenn der jährliche Abgang von EUR 100.000 verringert werden könnte, ist kein positives Ergebnis zu erwarten.

• Wer ist überhaupt dieser mysteriöse Herr Ehtreiber und welche Interessen verfolgt er?

• Was passiert, wenn der Verein scheitert?

BR GR Krusche von der FPÖ brachte daher einen Gegenantrag ein: Das Bad soll nach erfolgter Umsetzung der dringenden Maßnahmen geöffnet und heuer von der Stadtgemeinde betrieben werden. Bis Herbst sollte die Vereinslösung ausgearbeitet sein und könne in Ruhe bis zur Saison 2013 diskutiert werden. Schließlich war die FPÖ sogar bereit dem Antrag unter einer wesentlichen Bedingung zuzustimmen: Die Vereinslösung soll bis zur Sitzung Ende Juni ausgearbeitet werden und muss in dieser Sitzung mit 2/3 Mehrheit beschlossen werden. Dadurch wäre es möglich gewesen mit den Adaptierungsarbeiten sofort zu beginnen. Allein BM Konrad lehnte dies ab und verhinderte somit eine Lösung im Sinne der Donawitzer!

Billiger Aktionismus der SPÖ

Schlussendlich wurde

BR Krusche kämpft für Bad Donawitz und gegen Biogasanlage

der Gegenantrag der Freiheitlichen von der SPÖ abgelehnt (rühmliche Ausnahme GR Schmid) und auch der unausgegorene Antrag der SPÖ wurde von der Opposition abgelehnt und fand somit nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit. Die Gefahr, damit nicht das Bad zu retten, sondern Konrad zu ermöglichen, die Verantwortung an eine Privatperson abschieben zu können, war einfach zu groß. Wie richtig diese Haltung war zeigte sich spätestens, als die SPÖ Mandatare vorbereitete Taferln in die Höhe hielten, auf denen sie die Schuld den Oppositionsparteien in die Schuhe schieben wollten. Dieser billige Aktionismus ist leicht zu durchschauen und einer angeblich verantwortungsvollen mit absoluter Mehrheit herrschenden Partei unwürdig. Einzig und allein die SPÖ mit Konrad an der Spitze ist für diesen Kahlschlag an Infrastruktur und Lebensqualität verantwortlich! Darüber kann auch der einstimmig gefasste Beschluss zu einer Verbilligung der Eintrittspreise im Asia Spa nicht hinwegtäuschen.

DAS CHAOS MIT DEM SPERRMÜLL

In der vorletzten Gemeinderatssitzung wurde vom Gemeinderat eine Novelle zur Müllordnung erlassen. Diese regelt die Abholung und Entsorgung von Sperrmüll. Die FPÖ hat diesem Antrag nicht zugestimmt, da dieser unserer Meinung eine deutliche Verschlechterung für die Bürger bringt, aber unsere Argumente wurden von der SPÖ damals nicht gehört.

Nun stellt sich heraus, dass dieser Beschluss große Probleme mit sich bringt. Pro Jahr darf pro Haushalt nur mehr einmal der Sperrmüll angemeldet werden, dieser kostet dann € 20,--. Elektrogeräte werden nicht mehr entsorgt. Weiters soll der Sperrmüll in 3 Fraktionen, nämlich Holz, Metall und sonstiger Sperrmüll getrennt werden. Daraus ergibt sich auch schon das Hauptproblem: Wird der Müll nicht getrennt abgelegt, wird er auch nicht mitgenommen. Es passiert aber oft, dass abgelagerter

GR Daniel Geiger

Sperrmüll durchforstet wird, Dinge mitgenommen oder auch dazugestellt werden. Dies passiert oft in Nacht- und Nebelaktionen, ohne die nötige Sorgfalt. Wird der abgelagerte Sperrmüll zB in einem Mehrparteienhaus nicht angemeldet, muss vom Vermieter eine Ersatzvornahme veranlasst werden, die sich mit Kosten bis zu € 250,-- niederschlagen kann und gleichmäßig auf alle Mieter aufgeteilt wird.

Gemeinsam mit der Betriebskostenabrechnung wurde vor kurzem ein Brief der Gebäudeverwaltung der Stadtgemeinde Leoben abgeschickt, in dem mit einer solchen Ersatzvornahme gedroht wird. Die einzelnen Hausparteien sollen dadurch angehalten werden, darauf zu achten, wer Müll ablagert und ob dies ordnungsgemäß geschieht. Die Mieter werden hier von der Gebäudeverwaltung zu Spitzeln auserkoren, was den Hausfrieden in letzter Konsequenz nicht gerade fördern dürfte.

Dies alles nur weil die SPÖ-Mehrheit durch einen Schnellschuss einen absolut unausgegorenen und undurchdachten Antrag durch den Gemeinderat gepeitscht hat.

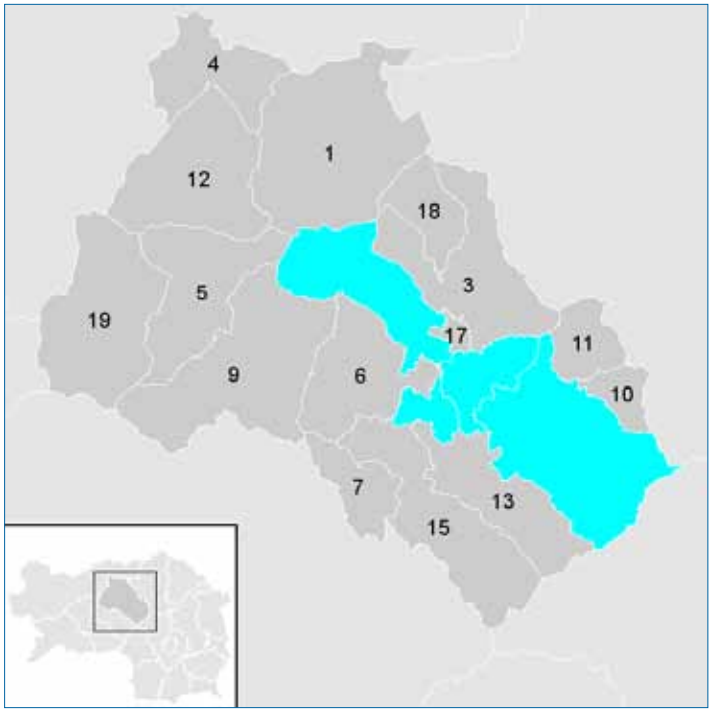
Unser Vorschlag: Zusätzlich gibt es 2 Termine im Jahr, wo kostenlos allgemeine Sperrmüllaktionen durchgeführt werden. Die Trennung in Fraktionen ist nicht durchführbar, deshalb sollte diese nur als Empfehlung gelten. Auch Elektrogeräte sollen wieder mitgenommen werden.

Die Verantwortlichen sollten sich jedenfalls mit den Vermietern und Gebäudeverwaltern an einen Tisch setzen und Nachbesserungen vornehmen. Jedenfalls sollte es aber die Stadtgemeinde Leoben unterlassen Briefe mit Drohcharakter an ordentliche Mieter zu versenden.

BM KONRAD PLANT GEOGRAPHISCHE MISSGEBURT

Gai, St. Peter Freienstein und Traboch sollen zu Leoben

Geht es nach BM Konrad soll die Stadtgemeinde Leoben zu einem zumindest geographisch skurrilem Gebilde werden. Ein Gemeinderatsbeschluss zur Aufnahme von Verhandlungen mit Gai, St. Peter Freienstein und Traboch mit dem Ziel eines Zusammenschlusses wurde von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und den restlichen Oppositionsparteien jedenfalls bereits gefasst. Damit wurde sich die Fläche von Leoben von 107,8 km2 auf 209,6 km2 fast verdoppeln, die Einwohnerzahl würde sich aber nur um 5.630 Einwohner, also um knapp 23% erhöhen. Aus der Sicht Leobens ergeben sich daraus zahlreiche offene Fragen:



• Wie wirkt sich die flächenmäßige Vergrößerung auf die zukünftigen Kosten für die Infrastruktur aus? Schließlich ist der Aufwand für die Erhaltung eines ausgedehnten Wege- und Straßennetzes bei einer vergleichsweise geringen Einwohnerdichte bezogen auf den einzelnen Bürger wesentlich teurer als im bisherigen Stadtgebiet. Leoben hat 228 Einwohner je km2, Gai beispielweise nur 29. Dies gilt sinngemäß natürlich auch für das Kanalnetz, die Wasserversorgung, die Müllbeseitigung und die öffentliche Beleuchtung. Es ist aber auch zu prüfen ob die Erhaltung der Schulen und Kindergärten und die Verwaltung nicht zusätzliche überproportionale Kosten verursacht

• Müssen die Leobener Bürger für die Schulden anderer Gemeinden aufkommen? So liegt laut einem Ranking im „News“ aus 2009 die Gemeinde Gai mit Prokopfschulden von € 4.216,06 je Einwohner an 138. Stelle aller österreichischen Gemeinden, während Leoben mit € 1.701.74 nur an 1.074 Stelle liegt. Auch die finanzielle Situation von St. Peter Freienstein ist nicht berauschend.

• Welche zusätzlichen Belastungen kommen auf die neue Gemeinde zu? Leoben steht kurz vor Fertigstellung des neuen Raumentwicklungskonzeptes und der Flächenplanrevision. Die Integration der neuen Siedlungsgebiete kann sicherlich nicht ohne zusätzlichen Aufwand erfolgen. Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr können noch gar nicht abgeschätzt werden. Es ist aber denkbar, dass der Postbus seine Angebote nach Gai oder Traboch, mit dem Argument keine innerstädtischen Linien führen zu wollen, überdenkt und die ohnehin schwer defizitären Verkehrsbetriebe der Stadtwerke einspringen müssen.

Vor diese Fragen nicht eindeutig geklärt sind und sichergestellt ist, dass die Vorteile einer Gemeindefusion für die Bewohner Leobens in den bisherigen Grenzen überwiegen, wird die FPÖ zu diesem Thema nicht gesprächsbereit sein! Jedenfalls muss am Ende eines Verhandlungsprozesses eine bindende Bürgerbefragung stehen.

Erfreulicherweise zeigt sich aber bereits jetzt, dass die Bürger gescheiter sind als ihre Bürgermeister. So hat sich eine beeindruckende Zahl von Einwohner aus Gai klar gegen Leoben ausgesprochen und auch in St. Peter Freienstein ist der Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung erst in Gang gekommen. Für die Leobenerinnen und Leobener ist dieses Thema vordergründig noch kein emotionales Thema, denn ihre Identität ist durch das „Schlucken“ kleinerer Umlandgemeinden ja nicht gefährdet. Sollte sich aber herausstellen, in Folge einer solchen Reform höhere Gebühren bezahlen zu müssen und unser Steuergeld in die „neuen Regionen“ stecken zu müssen, wird sich auch bei uns Widerstand regen.

DARUM SOLLTE KONRAD ZURÜCKTRETEN!

• Weil seine ruppige und polternde Art, die in der Vergangenheit vielleicht noch als charismatisch und dynamisch durchgegangen ist nur mehr peinlich und hilflos wirkt.

• Weil er nicht mehr Herr im eigenen Haus ist, einen Fehler nach dem anderen macht und von seinen Beratern augenscheinlich im Stich gelassen wird.

• Weil er nicht mehr weiß, wo der Bevölkerung der Schuh drückt und er an den Menschen vorbei agiert.

• Weil sich ein drohendes Finanzdebakel mit Millionengräbern wie Biogasanlage und Fernwärme abzeichnet.

• Weil er in Gefahr läuft, dass seine bisherigen Erfolge in Vergessenheit geraten und nur mehr der Eindruck eines grantigen Rüpels im Gedächtnis bleiben wird.

VERNICHTENDER RECHNUNGSHOFBERICHT ZUM ASIA SPA

Am Beginn dieses Jahres legte der Rechnungshof seinen Bericht über die Prüfung des Asia Spa bis vor und kritisierte dabei unter anderem:

- Einen verlorenen Aufwand von EUR 100.000 für einen Architekturwettbewerb im Jahr 1998 dessen Ergebnis über Bord geworfen wurde, um ein chinesisches Livestyl- und Wellnesszentrum zu planen, welches auch nie umgesetzt wurde.

- Die viel zu optimistischen Annahmen über Besucherfrequenzen und Erlöse

- Die Übernahme des wirtschaftlichen Risikos der Anlage durch die Stadtgemeinde im Jahr 2011 mit einem veranschlagten Abgang von EUR 1,64 Mill. ohne Steuerungsmöglichkeiten im Pachtvertrag.

- Der bis 2010 erforderliche Kapitalbedarf von EUR 41,63 Mill. Wurde zu 76,3% durch Zuschüsse, Förderungen und Haftungen der öffentlichen Hand aufgebracht.

- Einen Interessenskonflikt durch die Geschäftsführung beider Gesellschaften (Au-Vision GmbH und Asia Spa GmbH) durch dieselbe Person (Gemeinderat Leopold Pilsner)

- Eine mangelhafte Buchhaltung durch die Falkensteinergruppe, für die sogar noch Geld bezahlt wurde.

- Die Selbstkontrolle durch Geschäftsführer und Prokurist und das Fehlen eines Aufsichtsrates.

Reaktionen auf den RH-Bericht

Konrad und seine SPÖ behaupten natürlich, die Vorwürfe seien allesamt falsch und man lasse sich dieses tolle Vorzeigeprojekt nicht madig machen. Die FPÖ verlangt jedenfalls die Schaffung eines Beirates mit Vertretern aller Fraktionen zur Kontrolle der Gebarung und aller Vorgänge in Zusammenhang mit dem Asia Spa. Klar ist, das hat auch eine Sitzung des Prüfungsausschusses ergeben, dass zwar das Hotel für Leoben bedeutend ist und über eine zufriedenstellende Auslastung verfügt, der Wellnesstempel allerdings auch in Zukunft ein wirtschaftlicher Klotz am Bein für die Gemeinde sein wird. Eine wesentliche Steigerung der Besucherzahlen wird nicht gelingen – das bestätigt auch der derzeitige Betreiber. Die Schließung des Donawitzer Bades wird daran nichts ändern!

BIOGASANLAGE WIRD WIEDER HOCHGEFAHREN

Stadtwerkedirektor Schindler triumphiert: Nach langem Rechtsstreit liegen alle behördlichen Genehmigungen vor, um die seit über 2 Jahren geschlossene Anlage wieder in Betrieb nehmen zu können. Sehr zum Leidwesen der Anrainer, denn diese wollen nicht so recht glauben, dass es in Zukunft nicht mehr stinken wird. Diese Befürchtung ist durchaus gerechtfertigt, denn kein Experte konnte bestätigen, dass Biogasanlagen geruchsfrei betrieben werden können und sogar im Bescheid ist eine gewisse Stundenanzahl, in denen es ekelerregend stinken darf, zugelassen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Abstand zu Siedlungsgebiet teilweise nur 80 – 100 m beträgt, alle einschlägigen Richtlinien jedoch einen Mindestabstand von 300 m vorschlagen. Im Rahmen einer Demonstration hat die Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ ihren Unmut bereits kundgetan.

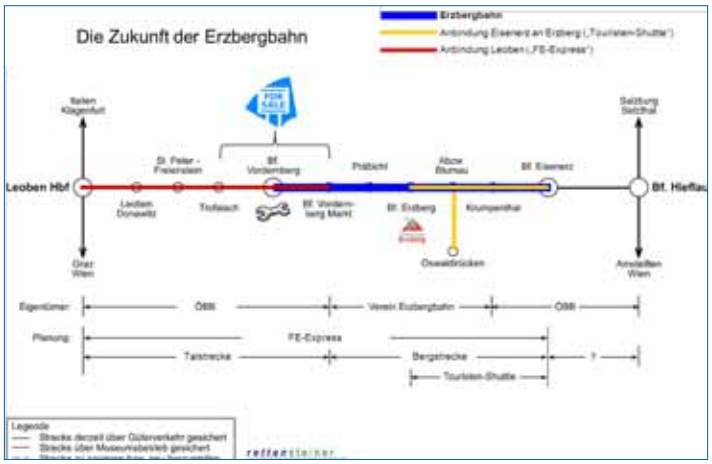
Die Leobener Freiheitlichen teilen die Sorgen der Betroffenen und werden beim ersten Auftreten erneuter Geruchsbelästigungen an ihrer Seite stehen! Diese Anlage stellt nicht nur eine unzumutbare Einschränkung der Lebensqualität der Anrainer dar, sie wird auch in ein wirtschaftliches Desaster führen. Es ist nicht zu erwarten, dass der laufende Betrieb je in der Lage sein wird, die hohen Investitions- und Stillstandskosten jemals wieder

ERZBERGBAHN VOR DEM AUS

Rot – schwarze „Reformpartnerschaft“ im Leobener Gemeinderat zeigt kein Interesse an der Rettung der historischen Erzbergbergbahn.

Ein Antrag des FPÖ Bundes- und Gemeinderates Gerd Krusche die Steirische Landesregierung zu bitten, sich für den Erhalt der touristischen Nutzung der Erzbergbergbahn einzusetzen und die notwendige Finanzierung zum Erwerb der Eisenbahnstrecke zwischen Trofaiach und Vordernberg sicherzustellen wurde von SPÖ und ÖVP im Gemeinderat abgeschmettert.

Die ÖBB Infrastruktur AG droht den Antrag auf endgültige Einstellung der Betriebsbewilligung für die in ihrem Eigentum stehende Strecke von Trofaiach nach Vordernberg zu stellen, wenn sich kein Käufer findet. Dies hätte zur Folge, dass der gepachtete Streckenabschnitt von Vordernberg Süd bis Vordernberg Markt mit sofortiger Wirkung alle Betriebsbewilligungen verliert und der gesamte Streckenabschnitt bis Trofaiach rückzubauen wäre. Das würde bedeuten, dass zwischen Bhf Vordernberg Markt und Bhf Vordernberg wo sich die Lokschuppen und Werkstätten befinden keine Gleise mehr existieren. „Wenn es diese Strecke nicht mehr gibt, dann ist die touristische Nutzung durch den Verein Erzbergbahn gestorben. Damit wäre also der Rückbau und das unwiederbringliche Ende dieser historisch und touristischen Attraktion besiegelt! Krusche führte weiter aus, dass der geforderte Kaufpreis für den gesamten Streckenabschnitt samt der notwendigen Infrastruktur € 820.000 beträgt, in 10 Jahresraten zinsfrei geleistet werden kann und der Betreiber, der Verein Erzbergbahn, finanziell nicht in der Lage sei diese Summe



aufzubringen. Er betonte auch, dass Landesrat Kurzmann sich bereits bereit erklärt habe, einen Beitrag leisten zu wollen, aber sich auch andere Ressorts beteiligen müssten.

Daher brachte Krusche in der Sitzung den dringlichen Antrag zur Verabschiedung einer Resolution an die Landesregierung ein, sich für den Erhalt der Erzbergbergbahn einzusetzen und die notwendige Finanzierung zum Erwerb der Eisenbahnstrecke zwischen Trofaiach und Vordernberg sicherzustellen, da für die gesamte Region und die Stadt Leoben als Tor zur Eisenstraße der Erhalt dieser Bahn von essentieller Bedeutung ist.

Bei den Vertretern der „Reformpartnerschaft“ stieß Krusche aber auf taube Ohren. Sie betonten zwar die Wichtigkeit der Erzbergbahn, begründeten ihre Ablehnung aber mit fadenscheinigen Argumenten. LAbg. Und Gemeinderat Anton Lang (SPÖ) sagte dazu, dass es bereits eine Arbeitsgruppe dafür gebe, in der auch der Museumsverbund und der Verein Steirische Eisenstraße vertreten seien und meinte, dass man die Ergebnisse erst abwarten und dann gemeinsam etwas auf die Beine stellen solle. Ähnlich ablehnend und zögerliche reagierte auch Vizebürgermeisterin LAbg. Eva Lipp von der ÖVP.

Krusche vermutet hinter diesem feigen Verhalten, dass die beiden wohl Angst hatten etwas zu beschließen, mit dem ihre Regierungskollegen in die Verantwortung genommen werden könnten. Abschließend bedauerte Krusche dass BM Konrad bei ihm wichtigen Angelegenheiten ständig an die Opposition appelliere: „Helft alle mit, über die Parteigrenzen hinweg, damit wir für Leoben etwas erreichen!“ Was von der Opposition gefordert wird, scheint umgekehrt für die Mehrheitsfraktion nicht zu gelten.

Regionale Bemühungen zur Rettung mit fraglicher Erfolgsaussicht

Vertreter betroffener Gemeinden, Regionsverantwortlich, Tourisismusvertreter und, Verein Erzbergbahn haben sich zu gemeinsamen Bemühungen zusammengefunden und wenigsten eine Fristverlängerung seitens der ÖBB erreicht. Ansonsten verhält sich die ÖBB aber nicht sonderlich gesprächsbereit und beharrt auf dem überhöhten Kaufpreis. Die „Reformpartnerschaft“ könnte durch finanzielle Unterstützung beweisen, dass sie mehr zur regionalen Entwicklung beitragen will als nur zwangsweise Gemeindezusammlegungen zu verordnen!

GRAZER UMWELTZONE HÄTTE AUCH AUSWIRKUNGEN FÜR DIE LEOBENER

Die Einführung von Umweltzonen im Grazer Raum würde bedeuten, dass fast 300.000 Fahrzeuge aus der gesamten Steiermark ausgesperrt werden. Davon betroffen sind Pendler aus dem Raum Leoben, aber auch all jene die aus anderen Gründen nach Graz müssen: Zu Untersuchungen und Behandlungen im Krankenhaus, zu Ämtern und Behörden, aus beruflichen oder privaten Gründen oder nur schlicht zum Einkaufen. Alle Dieselfahrzeuge der Umweltklassen 1 bis 3 sollen ausgesperrt werden. Das bedeutet, fast alle PKW mit einem Zulassungsdatum vor 2005, denn ab diesem Jahr wurde die Klasse 4 gesetzlich vorgeschrieben.

Die FPÖ kämpft nicht nur wegen des enormen wirtschaftlichen Schadens für die Stadt Graz und ihre Gäste gegen diesen umweltpolitischen Unsinn. Deutsche Städte, die mit Graz aufgrund der topografischen Lage und des Verkehrsaufkommens zu vergleichen sind, lassen erkennen, dass die Einführung einer Umweltzone die Feinstaubbelastung beispielsweise in Stuttgart um nur drei Prozent gesenkt hat. Mittlerweile hat Stuttgart mitunter die schlechtesten Luftwerte in der gesamten Bundesrepublik! Klare Signale sind auch aus anderen deutschen Städten zu orten: Dresden setzt auf nachhaltige Verhaltensänderung der Bürger, anstelle auf eine Umweltzone. In München haben Untersuchungen der Feinstaubwerte gezeigt, dass der von den Befürwortern erhoffte Effekt dieser Sperrzonen nicht eingetreten ist. Auch in Frankfurt am Main konnte mit der Verordnung einer Umweltzone die Luftqualität nicht verbessert werden. In Erfurt sind sich die Verantwortlichen im Klaren dar-über, dass die Umweltzone nichts für die Umwelt bringt, der Einsatz einer ‚Grünen Welle' aber sehr wohl die Fahrzeugemissionen reduzieren könnte. FPÖ Umweltlandesrat Dr. Kurzmann hat daher eine Reihe effizienterer Maßnahmen zu Bekämpfung des Feinstaubs vorgeschlagen.

FPÖ Graz mobilisiert gegen Umweltzonen

UMSETZUNG UNSINNIGER EU-RICHTLINIEN ANHAND EINES BEISPIELS

In der Bundesratssitzung vom 3. Mai wurde eine Novelle des Bäderhygienegesetztes, das die Aufstellung von Tafeln an Badestellen vorschreibt, beschlossen.

Weil es die EU so will, müssen noch heuer an allen Badeplätzen an Seen über 2 m große Tafeln aufgestellt werden. Darauf müssen Angaben über die Wasserqualität aus dem Vorjahr kundgemacht werden. Allein die Herstellung und der Transport dieser Tafeln in die Bundesländer kostet über EUR 100.000 - der Weitertransport und die Aufstellung der Tafeln kann gar nicht beziffert werden, geht aber zu Lasten des Landes und der Gemeinden. Der eigentliche Inhalt dieses Gesetzes ist die Verpflichtung allfällig betroffener Grundstückseigentümer, die Aufstellung auf ihrem Grund und die Betretungsbewilligung sicherzustellen, denn die Tafeln müssen ja gut sichtbar sein und gewartet werden! Ich hatte als einziger Redner das Vergnügen, diesen Schildbürgerstreich im Plenum zu verurteilen, während Rot, Schwarz und Grün wortreich die Wichtigkeit dieser Maßnahme für die Gesundheit der Badegäste betonten. Außerhalb des Sitzungssaales musste allerdings auch der eine oder andere Kollege der Großparteien zugeben, dass er dies eigentlich für einen Blödsinn und Verschwendung von Steuergeldern hält.

Es stellt sich wirklich die Frage, ob die EU derzeit nicht andere Probleme hat, die dringender einer Lösung bedürfen würden. Mit einer solchen Regulierungswut bei Problemen, die eigentlich gar keine sind, wird es nicht gelingen, die Einstellung der Bevölkerung zu dieser EU positiv zu beeinflussen. Denn, wie gesagt, dies ist nur ein Beispiel, die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Bundesrat Gerd Krusche

BEDENKLICHE PERSONALSITUATION BEI DER LEOBENER POLIZEI

Dienststellenvertreter weisen auf eine außerordentlich dramatische Personalsituation mit einem Personalunterstand von 42,3% in der Inspektion Heißl-Straße und 38,3% in der Inspektion Erzherzog-Johann-Straße hin. Allein in der Heißlstraße fehlen 22 Beamte. Heuer wurden bereits über 200 illegale Fremde am Bahnhof festgenommen. Dadurch stoßen die Beamten regelmäßig an ihre Belastungsgrenzen und mittelfristig kann daraus eine Beeinträchtigung der Sicherheit in unserer Stadt resultieren.

Einmal mehr zeigt sich, dass das Wahlversprechen von Schützenhöfer „300 Beamte mehr für die Steiermark“ nur ein Wahlkampfgag war.

DUBIOSE VORGÄNGE RUND UM BÜRGERBEFRAGUNG IN ST. PETER

Der Stadtrat Leoben beschließt mit SPÖ Mehrheit ein Erfolgshonorar für einen „Komminikator“, sofern sich die Bürger von St. Peter Freienstein mehrheitlich für einen Zusammenschluss mit Leoben entscheiden. Objektive Informationspolitik wird von der SPÖ durch privates Marketing ersetzt! Dieser Versuch Gemeindebürger zu manipulieren, rückt das gesamte Projekt „Gemeindestrukturreform“ in ein schiefes Licht. Die roten Kommunalpolitiker in unserer Region sind offensichtlich nicht reif für direkte Demokratie. Die FPÖ ist aber überzeugt, dass die Bevölkerung sehr wohl in der Lage ist, solche Machenschaften zu durchschauen und richtige sachpolitische Entscheidungen zu treffen.

PARKDECK BEI ASIA SPA NICHT ANGENOMMEN

Der Betrieb des teuren Parkdecks beim Asia Spa wurde den Stadtwerken überantwortet. Zur Verringerung des Defizites und als versteckte Subvention der teuren Wellnesanlage mussten heuer die Parkgebühren in Leoben drastisch erhöht werden. Wieder ein Beispiel verfehlter Politik und Großmannssucht zu Lasten der Bürger!

STORCHENNEST AUF SCHLOT ANGEBRACHT

Mit finanzieller Unterstützung aus dem Ressort von LR Kurzmann wurde am Schlot der historischen Ziegelei in Leoben-Nennersdorf ein Storchenhorst errichtet. Bleibt nur zu hoffen, dass dieser auch angenommen wird und in Zukunft Störche in Leoben heimisch werden.

ROSENVERTEILAKTION ZUM MUTTERTAG

Die traditionelle Verteilung von über 700 Rosen durch die FP-Stadtpartei zum Muttertag war auch heuer wieder ein großer Erfolg – in weniger als 2 Stunden wurden sämtliche Rosen an die Frau gebracht!

Impressum: Für den Inhalt verantwortlich Team der FPÖ, Stadtpartei Leoben, Franz-Josef-Str. 25, 8700 Leoben